

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/3273 –**

**Krisenanfälligkeit Afrikas reduzieren durch Belebung des afrikanischen Binnenmarktes – Absatzmärkte für Deutschland schaffen und Migration reduzieren**

### **A. Problem**

Die Antragsteller verweisen darauf, dass Afrika ein an Öl, Erzen, Mineralien und Ackerfläche reicher Kontinent sei und darüber hinaus ab dem Jahr 2035 über das größte Arbeitskräftepotential weltweit verfüge. Gleichzeitig bestünden aber ordnungspolitische Hemmnisse, dieses Potential auszuschöpfen, um der einheimischen Bevölkerung ausreichende Perspektiven zu bieten und damit der Auswanderung entgegenzutreten. Die Lösung liege in der Schaffung eines funktionierenden afrikanischen Binnenmarktes, der zudem die Voraussetzung für eine krisen-feste Entwicklung Afrikas sei. Mit ihm würde auch die deutsche Wirtschaft beim Zugang zu und der Vergrößerung von Absatzmärkten unterstützt. Das dazu passende strategische Konzept der Afrikanischen Union (AU) zur Entwicklung Afrikas sei die „Agenda 2063“. Diese sei im Übrigen Ausdruck des Bewusstseins Afrikas, für sich selbst sorgen zu wollen. Ein erster Schritt in die richtige Richtung sei die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), die sich zum Ziel gesetzt habe, Afrika zu einer prosperierenden Region auszugestalten, in der die Menschen ohne Handelsbarrieren in Frieden und Wohlstand leben könnten. Insofern sei es geboten, die deutsche Unterstützung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Westafrika in Verbindung mit einer Verbesserung der handelspolitischen Voraussetzungen zu intensivieren.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/3273 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2022

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Stellv. Vorsitzender

**Nadja Sthamer**  
Berichterstatterin

**Volkmar Klein**  
Berichterstatter

**Katrin Uhlig**  
Berichterstatterin

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Berichterstatter

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Nadja Sthamer, Volkmar Klein, Katrin Uhlig, Dr. Christoph Hoffmann und Dietmar Friedhoff**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/3273** in seiner 51. Sitzung am 8. September 2022 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, die ordnungspolitischen Bemühungen der afrikanischen Staaten zur Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes stärker als bisher zu fördern. Dabei solle vor allem die deutsche und afrikanische Privatwirtschaft unter Einbeziehung der afrikanischen Regierungen eingebunden werden. So würde auch die Abwanderung afrikanischer Fachkräfte nach Europa unterbunden.

Insbesondere soll die Bundesregierung bei der Verbesserung der regionalen Investitions- und Handelsstandards zielgerichtet unterstützen, um den afrikanischen Kontinent für die deutsche Wirtschaft als Absatzmarkt zu erschließen.

Darüber hinaus soll die Bundesregierung die Staaten der ECOWAS-Währungszone im Zuge der Einführung der westafrikanischen Gemeinschaftswährung „Eco“ beraten

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/3273 in seiner 39. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/3273 in seiner 29. Sitzung am 12. Oktober 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/3273 in seiner 31. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** hebt hervor, dass die vorgestellte Afrikastrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Technologie (BMZ) „ein Sammelsurium von allem“, aber keine Strategie sei. Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) habe unlängst festgestellt, dass Afrika kein Chancen-Kontinent, sondern ein „Muss-Kontinent“ für Deutschland und Europa wäre. Wer die deutsche und europäische Wirtschaft unterstützen wolle, habe keine andere Möglichkeit, als effektiver auf dem afrikanischen Kontinent präsent zu sein. Wenn die Welt derart in Ordnung wäre, wie es hier im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) immer behauptet werde, müsse man sich fragen, wieso das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in

Deutschland höher als das BIP von Gesamtafrika sei. Nachhaltigkeit auf dem afrikanischen Kontinent könne nur dann erzeugt werden, wenn, wie im eigenen Antrag gefordert, der afrikanische Binnenmarkt unterstützt werde. Man müsse alles tun, um die Agenda 2063 umzusetzen und einen Binnenmarkt zu schaffen. Das habe auch Europa letztendlich so stark gemacht. Man könne das schaffen, indem man zum Beispiel die deutsche Industrie als Leitindustrie im afrikanischen Markt etabliere und den Technologietransfer unterstütze. Wenn man nachhaltig und ökologisch alles richtig machen wolle, dann sei Deutschland Vorreiter in der Technologie. Man könne China den Kontinent mit seinen Braunkohlekraftwerken „zupflastern lassen“ oder die deutsche Industrie, ohne das Wort postkolonial zu benutzen, unterstützen. Wenn er sehe, wie man Entwicklungsgelder einsetze, von denen nicht viele in die deutsche Industrie fließen würden, dann mache man entwicklungspolitisch offensichtlich nicht alles richtig. Wenn die Niederlande oder Japan Entwicklungsprojekte unterstützten, würden 80 % bis 90 % der Gelder in die eigenen Unternehmen zurückfließen. Nur wenn man Wertschöpfung auf dem afrikanischen Kontinent schaffe, ermögliche man Teilhabe und Perspektiven für die Menschen vor Ort.

Die **Fraktion der SPD** moniert, dass der Antragsteller die gegebenen Realitäten verkenne. Die von ihm angemahnte Afrikastrategie sei längst in Planung, und die Bundesregierung unterstütze die AU bereits beim Aufbau der Freihandelszone bereits mit 79 Mio. Euro und mit zusätzlichem Know How. Zudem unterstütze Deutschland die afrikanischen Staaten und die AU bei ihren eigenen Prioritäten, Strategien und Zukunftsvisionen. All das werde von der Antrag stellenden Fraktion nicht zur Kenntnis genommen. Partnerschaft auf Augenhöhe bedeute, dass man sich im gegenseitigen Respekt begegne, und genau das sei eine große Stärke dieser Strategie, weil man Afrika durchaus als Chancenkontinent begreife. Es gehe bei der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) nicht darum, nur neue Absatzmärkte für die deutsche Wirtschaft zu erschließen, von deren Ausbeutung die afrikanischen Länder nicht profitieren würden, oder um eine Reduktion der Migration. Das sei reiner Populismus. Die Fraktion der SPD werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** räumt ein, dass der Antrag Aspekte aufgenommen habe, die richtig seien. Wenn die Antragsteller feststellen würden, dass mehr Investitionen in Afrika nötig seien, sei das durchaus mit Partnerschaft auf Augenhöhe gemeint, nämlich mehr zu berücksichtigen, was in Afrika gewünscht werde. In allen Gesprächen mit Regierungsvertretern in Afrika höre man immer wieder den Wunsch nach mehr Investitionen. Insofern sei das ebenfalls eine richtige Erkenntnis der Antragsteller. Daneben gebe es aber eine ganze Reihe von Aspekten, die man nicht teile, und das wiederum sei ausreichend, sich nicht mit dem Antrag identifizieren zu können; deswegen lehne die Fraktion der CDU/CSU ihn ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass der Titel des Antrages schon aufzeige, worum es den Antragstellern gehe, nämlich Absatzmärkte für Deutschland zu schaffen und Migration zu reduzieren. Das erschließe sich mit Blick auf die EZ, wie man sie selbst verstehe, überhaupt nicht. Dass der Antragsteller die Situation in der Ukraine mit der Situation auf dem Kontinent Afrika gleichstelle, sei nicht nachvollziehbar. Das gelte auch für die vorgenommene Gleichsetzung der afrikanischen Länder. Jedes Land in Afrika habe sehr individuelle Möglichkeiten, Chancen zu nutzen und Herausforderungen zu begegnen. Eine wirkliche Partnerschaft auf Augenhöhe würde das berücksichtigen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** weist darauf hin, dass das Argument der Krisenanfälligkeit Afrikas nicht zutreffe. Es gebe nicht den Staat Afrika, sondern ganz viele Staaten in Afrika, die unterschiedlich stabil seien; es gebe auch gute Beispiele für eine gute und friedliche Entwicklung, beispielsweise in Botswana. Fraglich sei, was die Ausführungen der Antragsteller zur Ukraine mit der Belebung des afrikanischen Binnenmarktes zu tun hätten. Es müsse klar sein, dass die Entwicklungen in der Ukraine nicht durch die Ukraine selbst, sondern durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die freie und souveräne Ukraine hervorgerufen worden seien. Das sei der Kern der Krise, die für Afrika destabilisierend gewirkt hätte, und deswegen gebe es Probleme bei der Nahrungsmittel- und Saatgutversorgung Hungerprobleme. Im Antrag werde behauptet, dass ein funktionierender Binnenmarkt der Schlüssel für alle Probleme wäre. Daran zeige sich, dass der Antragsteller nicht erkenne, was man in der EZ leiste, denn man brauche Bildung, Gleichberechtigung, politische Mitsprache, Gesundheit und Basisdienstleistungen. All das brauche man für eine gute Entwicklung und den Aufbau von Stabilität. In der neuen Afrika-Strategie des BMZ werde die von den Antragstellern geforderte Förderung der Freihandelszone Afrikas im Übrigen ausführlich dokumentiert. Die Fraktion der FDP lehne den Antrag ab.

Berlin, den 14. Dezember 2022

**Nadja Sthamer**  
Berichterstatlerin

**Volkmar Klein**  
Berichterstatter

**Katrin Uhlig**  
Berichterstatlerin

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Berichterstatter

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter



